

Die Liberalen Senioren Niedersachsen sind für Sie aktiv

Klausurtagung LiS Bundesverband

Von LiS Niedersachsen



Von Link: Dirk-Heinrich Heuer, Nicole Bracht-Bendt
Manfred Kobusch, Jürgen Lang

Foto von LiS Niedersachsen

Wir Liberale Senioren Niedersachsen waren auf der zweitägigen Klausurtagung des Bundesvorstandes am Freitag, den 13.05. und Samstag, den 14.05.2022 in der Bundesgeschäftsstelle der FDP in Berlin stark vertreten (von links nach rechts Dirk-Heinrich Heuer, Nicole Bracht-Bendt, Manfred Kobusch und Jürgen E. Lang). Es gab viele spannende Vorträge, darunter der des Generalsekretärs der FDP, Bijan Djir-Sarai mit dem Titel "Die Zeiten ändern wir - die FDP und ihr Verhältnis zu den Älteren".

Nach den jüngsten Wahlergebnissen der FDP und dem besonders schlechten Abschneiden bei den Älteren, bedarf es aus unserer Sicht mehr als warmer Worte, sondern endlich konkreter Taten seitens der FDP. Für uns Liberale Senioren ist die Berufung einer/ eines seniorenpolitischen Sprecherin/ Sprechers in der FDP-Bundestagsfraktion absolut notwendig. Auch in Niedersachsen fordern wir von der FDP im Hinblick auf die Landtagswahl mehr Anstrengungen, um mehr Ältere für die liberale Idee anzusprechen.



Grußwort

Nicole Bracht-Bendt
Landesvorsitzende

Liebe Mitglieder der liberalen Senioren,

viel Freude beim Lesen unseres LiS-Letters. Nachdem uns Corona seit 2020 ziemlich ausgebremst

hatte, finden nun wieder die ersten Veranstaltungen statt.

Am Wochenende (15.Mai) wurde bei uns im Landkreis Harburg nach zwei Jahren Pause wieder ein Kreisseniorentag veranstaltet. Wir liberalen Senioren waren natürlich mit einem Informations-Stand vertreten.

Im Laufe des Tages kamen wir mit vielen interessierten Besuchern ins Gespräch und diskutierten auch kontrovers über die aktuelle Seniorenpolitik. Ein Thema war die fehlende Entlastung von Rentnern. Ich wurde immer wieder gefragt, warum die 300,-€ Energiegeld nicht auch an sie gezahlt würden.

Es gibt viel zu tun! Packen wir es gemeinsam an!

Ich wünsche Ihnen einen schönen Sommer und freue mich, Sie im September in Hannover begrüßen zu können.

Passen Sie auf sich auf und bleiben Sie gesund!

Ihre Nicole Bracht-Bendt



Liberale Senioren

Dieser LiS – Letter
wurde Ihnen überreicht durch:

Impressum: Liberale Senioren Niedersachsen

Vorsitzende: Nicole Bracht-Bendt
Walter-Giesecking-Straße 22
30159 Hannover

www.liberale-senioren-nds.de

Ana Reimann

Von Manfred Kobusch, KV Region Hannover

Der Wahlkampf in Niedersachsen beginnt

Liberalen Senioren unterstützen Ana Reimann

Im Kommunalwahlkampf des vergangenen Jahres sind wir auf eine Kandidatin der FDP aufmerksam geworden, die mit großer Empathie auf die Fragen und Wünsche verschiedener Bevölkerungsgruppen eingegangen ist: Ana Reimann. Sie kandidiert in diesem Jahr für den Landtag im Wahlkreis Hannover-Buchholz gegen Ministerpräsident Stephan Weil und steht auf einem aussichtsreichen Listenplatz.

Und wir, die Liberalen Senioren Region Hannover, unterstützen sie in ihrem Wahlkampf. Seit März 2022 ist sie Vorsitzende vom Stadtbezirk Hannover Nord-Ost und Beisitzerin im Stadtverband Hannover und seit April Beisitzerin im Landesverband der Liberalen Vielfalt sowie seit langem Mitglied der Liberalen Frauen.

Ana Reimann arbeitet als Realschullehrerin und unterrichtet Deutsch, Politik und Geschichte. Ihre Eltern stammen aus Kroatien, sie jedoch ist in Hannover geboren und spricht mehrere Sprachen, darunter Englisch, Französisch und Russisch sowie Kroatisch. Dadurch hat sie den Zugang zur migrantischen Bevölkerung erhalten.

Für Frau Reimann ist es eine wichtige Aussage, gleiche Bildungschancen für alle nach ihren individuellen Möglichkeiten zu gewähren, die sich aus einem vielfältigen Bildungssystem ergeben. Sie setzt sich weiterhin für den Erhalt der Realschulen sowie der Förderschulen ein. Zu diesem Thema hat sie im letzten Jahr einen Grundsatzantrag für die FDP formuliert, den sie als Mitglied des Landesfachausschusses für Schulpolitik eingebracht hat.

Ein Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit ist daher die Bildungspolitik. Und dazu gehört das lebenslange Lernen und die Förderung von Digitalkompetenz, besonders für Ältere. Das sind auch die Vorstellungen der Liberalen Senioren. Deshalb sagt sie: **Als Lehrerin unterstütze ich lebenslanges Lernen. Die Unternehmen müssen ihren**

Mitarbeitern die Chance zur Weiterbildung ermöglichen und im Ruhestand müssen Hochschulen und Fernuniversitäten den Älteren offenstehen.

Auch die Chancengleichheit für Frauen im Beruf ist nicht immer gegeben. Diese Diskriminierung muss aufgegeben werden. Das hat Frau Reimann, die verheiratet ist und eine 16-jährige Tochter hat, persönlich als berufstätige Mutter erlebt und auch beruflich als Personalrätin erfahren müssen. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gibt es noch einen großen Handlungsbedarf.

Aus vielen Gesprächen während des Wahlkampfes ist Ana Reimann verstärkt auf das Thema Diskriminierung in der Mitte der Gesellschaft aufmerksam geworden. Hierzu gehört auch die Armut und besonders die Altersarmut, wogegen wir von den Liberalen Senioren mit unseren Aktionen häufig zu Felde ziehen. Frau Reimann sieht eine weitere Aufgabe, dass in politischen Ämtern alle Bevölkerungsgruppen und auch Altersgruppen vertreten sein müssen.

Die Seniorinnen und Senioren gehören aufgrund ihrer Lebenserfahrung und ihres angesammelten Fachwissens nicht an den Rand, sondern in die Mitte der Gesellschaft.



Seite 2

Echte Taten statt warmer Worte – Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern

Der Pflegenotstand verschärft sich weiter, so auch in Niedersachsen. Wer dieser Herausforderung nachhaltig begegnen will, muss die Arbeitsbedingungen der Pflegenden spürbar verbessern. Das heißt konkret, dass eine Pflegekraft auch eine realistische Anzahl von Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern in einer Schicht versorgen kann. Wenn eine Pflegekraft 14 Tage am Stück arbeiten und in einer Schicht bis zu 14 Heimbewohnerinnen und Heimbewohner zu versorgen hat, dann kann man nicht von einer vernünftigen Pflege mehr sprechen. Die ausufernde Bürokratie kommt noch dazu. Wer will es dann einer Pflegekraft verdenken, wenn sie/ er sich bei solchen Bedingungen aus der Pflege verabschiedet. Wohl niemand. Daher bedarf es Arbeitsbedingungen, die zum Bleiben und zum Wiedereinsteigen in den Beruf auch einladen. Das heißt zum Beispiel:

- Realistische Ablaufpläne in der Pflege erstellen, beispielsweise nicht mehr als sechs Heimbewohnerinnen und Heimbewohner in einer Schicht versorgen.
- Dienstpläne verlässlich gestalten.
- Dokumentation in allen Bereichen der Pflege digitalisieren. Dies schafft unter anderem mehr Zeit für Gespräche mit den Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern.
- Gesundheitsprogramme für die Pflegenden ausweiten.

Das Rad muss nicht neu erfunden werden. Die skandinavischen Länder machen vor, wie es geht.

Wir möchten Sie frühzeitig auf eine Veranstaltung am 6.9. von 17 - 19 Uhr im Ihmezentrum in Hannover hinweisen, verbunden mit der Bitte, den Termin nach Möglichkeit zu blocken. Patrick Ney, Projektmanager für Digitalisierung im Fachbereich Senioren der Landeshauptstadt Hannover, wird über seine Arbeit zur Digitalisierungskompetenz von Seniorinnen und Senioren berichten und Fragen beantworten. Eine entsprechende Einladung geht Ihnen fristgerecht zu.

Seite 3

Aus dem Kreisverband Braunschweig - Wolfsburg

Von Dirk-Heinrich Heuer, KV Braunschweig-Wolfsburg

Mehr Seniorinnen und Senioren für die FDP gewinnen

Die letzten Ergebnisse bei den Landtagswahlen bestätigen einen traurigen Trend. Die FDP verliert in den Altersgruppen zwischen 50 und 59 Jahren, aber vor allem in der Altersgruppe der über 60jährigen. Wenn man, wie ich als Kommunalpolitiker vor Ort, die Seniorinnen und Senioren fragt, weshalb die FDP für sie keine ernsthafte Alternative ist, bekommt man zum Beispiel folgende Antworten:

- Die Aussagen, die von Seiten der FDP kommen, sprechen nur die Jugend an. Was die FDP konkret für Seniorinnen und Senioren tut, ist nicht ersichtlich.

- Es werden zu wenig Kandidatinnen und Kandidaten von der FDP aufgestellt, die Seniorinnen und Senioren dazu veranlassen FDP zu wählen.

Zwei Aussagen, die aus meiner Sicht, das Dilemma der FDP, treffend beschreiben. Nun wird am 09.10.2022 ein neuer Landtag gewählt. Wenn die FDP tatsächlich ihre hochgesteckten Ziele bei der Landtagswahl erreichen will, bedarf es mehr als warmer Worte. Es bedarf echter Taten. Denn sonst wird auch in Niedersachsen ein trauriger Trend fortgesetzt. Und das kann doch niemand wollen.

Vorankündigung!

<=

**6. September 2022
17 Uhr bis 19 Uhr**

Hannover Ihmezentrum

LiS Niedersachsen

Niedersachsen

Aus dem Kreisverband Northeim-Einbeck

Von Jutta Heynold, KV Northeim-Einbeck

Eine „Oase“ in Northeim

Vorstandsmitglieder der Liberalen Senioren Northeim-Einbeck besuchten im März 2022 den „Tagestreff Oase“ in Northeim. Die Leiterin Frau Wernicke stellte die Einrichtung vor und beantwortete unsere zahlreichen Fragen. Hauptamtliche und ehrenamtliche Mitarbeiter bieten Menschen Hilfe und Unterstützung an. Die Einrichtung gehört zur Diakonischen Gesellschaft Wohnen und Beraten GmbH.

Der „Tagestreff Oase“ ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Oase für viele Menschen, die durch Lebenskrisen von Armut und/oder gesellschaftlicher Isolation betroffen sind. Frau Wernicke betonte, dass jeder in so eine Situation kommen kann.

So beschreibt sich der Tagestreff selbst: „Unserem christlich-diakonischen Menschenbild entsprechend, begegnen wir den zu uns kommenden Menschen mit einer zugewandten und respektvollen Haltung. Unsere Arbeit ist geprägt von Offenheit und Toleranz gegenüber anderen Religionen, Kulturen und Lebensauffassungen.“

Folgendes bietet der „Tagestreff Oase“ seinen Besuchern an:

Zum einen werden Getränke und Mahlzeiten zum Selbstkostenpreis ausgegeben. In der Küche und im Essbereich besteht die Möglichkeit, die Einsamkeit für einen Moment zu überwinden und mit den anderen Besuchern und dem Personal des Treffs über dies und das zu sprechen und sich gegenseitig zu helfen.

Außerdem wird hier persönliche Sozialberatung in vielen Notlagen angeboten - von Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, gesundheitlichen Beeinträchtigungen, finanziellen bis zu familiären Problemen.

Im Corona-Jahr 2021 wurden „nur“ 9.000 Kontakte (ohne Telefonate) gezählt, während es sonst mehr als 15.000 waren.



Von Links: Ingrid Müller (LiS und ehrenamtliche MA Oase), Klaus Kwasny (LiS), Beate Wernicke (Oase), Cornelia Hehn (LiS), Jutta Heynold (LiS).

Zu den vom Tagestreff selbst und von ihrem Förderverein angebotenen Veranstaltungen werden oft auch alle Northeimer Bürger eingeladen.

Frau Wernicke steht bei ihren Beratungen vor besonderen Herausforderungen, die z.T. durch politische oder behördliche Entscheidungen verursacht sind, wie z.B.

- Lange, kompliziert ausgedrückte Anträge in Behördensprache
 - Die Förderbescheide sind so kompliziert, dass die Ergebnisse trotz Fehlern von den Besuchern unkritisch übernommen werden
 - Komplizierte Berechnungsweise von Förderungen
 - Bei Arbeitslosigkeit sind unterschiedliche Behörden für die Beantragung von Hilfen zuständig
 - Therapiebögen sollen den genauen Krankheitsverlauf wiedergeben – damit sind viele überfordert
 - Migranten verstehen die Formulare etc. wegen fehlender Deutschkenntnisse nicht.
- Tief beeindruckt von der großen Hilfsbereitschaft und dem Engagement der Mitarbeiter des „Tagestreffs Oase“ und der Not vieler Menschen in unserem unmittelbaren Umfeld gingen wir Liberale Senioren Northeim-Einbeck nach Hause. Wir werden diesen Tag bei unseren politischen Entscheidungen im Hinterkopf behalten.

Liberalen Senioren Northeim-Einbeck initiiieren Smartphone-Kurs

Was für jüngere Menschen ein Leichtes ist, stellt für die Älteren oft eine große Herausforderung dar: der Umgang mit einem Smartphone.

Die LiS Northeim-Einbeck initiierte deshalb den Smartphone-Kurs Basis 60+ bei der Ländlichen Erwachsenenbildung (LEB) Northeim für Ihre Mitglieder und Freunde.

Acht Teilnehmer haben den Kurs an vier Nachmittagen für jeweils 2,5 Stunden besucht. Alle waren über 60 - der Älteste 80 Jahre alt.

Die Teilnehmer, die wenig Erfahrung in der Nutzung ihres Smartphones hatten, fühlen sich jetzt sicherer. Sie merkten, dass man bei dem Gerät eigentlich nichts falsch machen kann. Die, die ihr Handy schon täglich nutzen, haben eine Menge neuer Funktionen und Anwendungsmöglichkeiten dazugelernt. Zum Nacharbeiten erhielten wir einen 13 Seiten langen Skript.

Alle waren begeistert. Der Bildungsträger wird einen Aufbaukurs anbieten, an dem wir natürlich wieder teilnehmen.

Besonders erfreulich - unsere Tageszeitung hat zu diesem neuen Angebot der LEB einen Artikel mit dem Bild der Teilnehmer unseres Kurses abgedruckt und dabei auch die Liberalen Senioren als Initiator erwähnt.



von links: Cornelia Hehn (LiS), Aja von Hindte, Imfried Rabe (FDP), Ingrid Müller (LiS), Hans-J. Kämmerer, Jutta Heynold (LiS), Jürgen Strauß, Klaus Kwasny (LiS), Norbert Ramcke (LEB)

Galoppierende Lebensmittelpreise stoppen

Kommentar von Dr. Gero Hocker, MdB
Kooptiertes Vorstandsmitglied LiS Nds.

Beim Supermarkteinkauf, auf dem Wochenmarkt oder am Spargelstand an der Straße: Steigende Lebensmittelpreise sind in unserer Lebensrealität angekommen und stellen immer mehr Menschen vor immense Herausforderungen, sofern das Konto am Ende des Monats nicht ins Minus rutschen soll. Es wird erwartet, dass Politik diesen Umstand nicht lediglich zur Kenntnis nimmt, sondern dagegen vorgeht.

Dabei ist die Ausgangslage keineswegs einfach, wenn durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine zwei bedeutende Akteure des internationalen Agrarmarkts derart eingeschränkt sind, wie es zurzeit der Fall ist. Während Russland in den vergangenen Jahren weltweit am meisten Weizen exportiert hat, liegt auch die Ukraine mit ihren fruchtbaren Schwarzerdeböden auf Platz 5 der größten Exportländer. Beide Länder gemeinsam kamen sogar auf einen Anteil von knapp 30% am weltweiten Weizenexport, bei steigender Tendenz. Somit ist es nicht verwunderlich, wenn das rückläufige Angebot bei gleichzeitig wachsender Geldmenge zu Teuerungsraten führt, die wir lange Zeit für überwunden geglaubt hatten.

Wie immer bei inflationären Schüben trifft es nicht alle gleichermaßen. Höhere Preise für Grundnahrungsmittel belasten relativ gesehen vor allem einkommensschwächere

Menschen in Deutschland, denen man durch die Entlastungspakete kurzfristig unter die Arme gegriffen hat. Beim Blick über den Tellerrand wird allerdings klar, dass eben besonders die Ärmsten dieser Welt unter dem rückläufigen Angebot leiden, die ansonsten auf Lebensmittelimporte oder gar Hilfslieferungen angewiesen waren. Beiden Gruppen wird man langfristig nur durch ein höheres Warenangebot helfen können.

Vor diesem Hintergrund weiterhin auf Einschränkungen der Landwirtschaft zu setzen und damit quasi hinzunehmen, dass die Ernährungssicherheit abnimmt, war schon in Friedenszeiten falsch, ist aber in der derzeitigen Lage vollständig unangebracht. Deshalb ist es richtig, wenn Liberale im Parlament immer dann die Stimme erheben, wenn wieder einmal nationale Alleingänge in der Landwirtschaftspolitik drohen und Auflagen verabschiedet werden, die nicht die Biodiversität fördern und zusätzlich Ernährungssicherheit gefährden.

Der Staat und seine Bürger können nur ausgeben, was sie zuvor eingenommen haben. Diese Binsenweisheit gilt in der Fiskal- genauso wie in der Landwirtschaftspolitik gleichermaßen: Nur was gesät, gepflegt und geerntet wurde, kann im Anschluss auch angeboten werden. Deshalb werden wir weder politische Beschlüsse mittragen, welche die landwirtschaftlich genutzten Flächen weiter verkleinern, noch Maßnahmen zustimmen, welche die Flächeneffizienz senken würden. Denn jedes Korn, das auf heimischen Böden geerntet werden kann, ist der beste Beitrag gegen Hunger und Inflation!

Niedersächsische Digitalisierungsoffensive für Seniorinnen und Senioren

Vom Arbeitskreis „Zusammenarbeit mit den Jungen Liberalen Niedersachsen“ und LiS Niedersachsen LV

Vorstandsmitglieder der Liberalen Senioren Niedersachsen bildeten im November 2021 den Arbeitskreis „Zusammenarbeit mit den Jungen Liberalen Niedersachsen“. Mitglieder: Manfred Kobusch und Jürgen Lang (Kreisverband Region Hannover), Dirk-Heinrich Heuer (Kreisverband Braunschweig-Wolfsburg) und Jutta Heynold (Kreisverband Northeim-Einbeck).

Zusammen mit der von René Rahrt (Leiter des Landesarbeitskreises Digitales und Netzpolitik der JuLis Nds.) geleiteten Gruppe von Jungen Liberalen reichten wir den Programmantrag „Niedersächsische Digitalisierungsoffensive für Seniorinnen und Senioren“ zum Niedersächsischen Landesparteitag der FDP am 26./27.03.2022 ein.

Der Antrag wurde von den Delegierten des Landesparteitages ohne Änderungen, einstimmig, ohne Enthaltungen angenommen. Wir freuen uns über den Erfolg. Nun kann die Umsetzung erfolgen. Wir werden Sie über die Maßnahmen und Veranstaltungen dazu laufend im LiS-Letter informieren.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen haben den von uns inhaltlich gemeinsam erarbeiteten Antrag formuliert. Wir geben hier den vollständigen Wortlaut wieder:

Niedersächsische Digitalisierungsoffensive für Seniorinnen und Senioren

Wir Freie Demokraten in Niedersachsen verstehen die Digitalisierung als Chance, jeden und jede Einzelne zu einem selbstbestimmten Leben zu befähigen. Wir sehen im Digitalen daher ein Mittel, das Leben der Menschen zu erleichtern und mit neuen Möglichkeiten zu bereichern. Uns ist bewusst, dass die Digitalisierung nicht nur Barrieren abbaut, sondern auch neue schafft. Darum formulieren wir den Anspruch einer barrierefreien und inklusiven Digitalisierung, die den vielfältigen Bedürfnissen aller Menschen in ihren unterschiedlichen Lebenslagen und -phasen gerecht wird. Denn in einer digitalen Gesellschaft ist die vollumfängliche Teilhabe oft nur mit digitalen Mitteln möglich.

Wissenschaftliche Studien zeigen, dass Seniorinnen und Senioren der Digitalisierung überwiegend offen und neugierig gegenüberstehen, sich mit digitalen Medien beschäftigen und sich aktiv in die Gesellschaft einbringen wollen. Allerdings muss auch festgestellt werden, dass mit den bestehenden Hilfs- und Beratungsangeboten nur ein Teil der älteren Menschen erreicht werden kann. Im politischen Handeln müssen daher Personengruppen mehr bedacht werden, deren Mobilität eingeschränkt ist oder die bisher keinen Kontakt zum Internet hatten. Wir Freie Demokraten wollen für die infrastrukturellen Bedingungen, die technische Ausstattung sowie die Bildungs- und Teilhabemöglichkeiten sorgen, die den Bedarfen der heterogenen Gruppe der älteren Menschen entsprechen.

Digitale Infrastruktur und technische Ausstattung

Als Grundlage für die digitale Teilhabe im Alter sehen wir den Zugang zum Internet an. Dafür wollen wir in Niedersachsen den Ausbau des Glasfaser- sowie des 5G-Mobilfunknetzes vorantreiben. Wir sehen den Zugang zum Internet als Auftrag der staatlichen Daseinsvorsorge an. Eine moderne Netzinfrastruktur ist nämlich die Voraussetzung für digitale Gesundheitsdienstleistungen und Telemedizin, die gerade in einem Flächenland eine wichtige Rolle spielen. Solche digitalen Assistenz- und Kommunikationssysteme unterstützen das selbstständige Wohnen von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern und sind damit ein echter Freiheitsgewinn. Um die ärztliche Versorgung auf dem Land zu unterstützen, soll die Fernbehandlung über digitale Angebote deutlich ausgebaut werden. Die Telemedizin, bei denen Patienten über Videotelefonie mit verschiedenen Fachärzten in Kontakt treten können, bietet sich besonders für Menschen an, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Darüber hinaus wollen wir das WLAN-Angebot in Wohn- und Pflegeheimen fördern, damit die Bewohnerinnen und Bewohner sich mit ihrer Familie und ihren Freunden vernetzen und digitale Dienstleistungen nutzen können.

Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebote

Die Vermittlung digitalen Wissens und digitaler Kompetenzen stellt einen wichtigen Baustein für die digitale Teilhabe im Alter dar. Deshalb wollen wir zielgruppenspezifische Angebote gemeinnütziger Bildungsträger fördern, die interessierten Seniorinnen und Senioren die Grundlagen im Umgang mit digitalen Technologien beibringen und sie damit bei ihrem Lernprozess unterstützen. Für uns umfassen solche digitalen Kompetenzen im Alter unter anderem die Anschaffung und Bedienung eines Endgerätes, das Nutzen gängiger Online-Plattformen und Anwendungen sowie Grundlagen der IT-Sicherheit und des Datenschutzes. Des Weiteren setzen wir uns für die Weiterförderung des DigitalPaktes Alter der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) ein, die mit ihrem Digitalkompass solche Hilfs- und Beratungsangebote koordiniert und deren Servicestelle „Digitalisierung und Bildung für ältere Menschen“ eine Vielzahl an Informations- und Bildungsmaterialien zur Verfügung stellt.

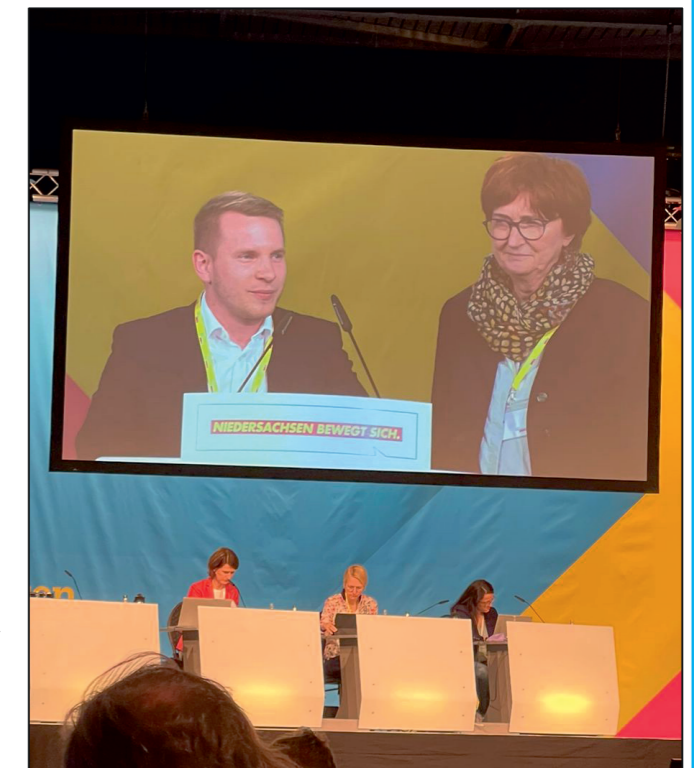
Wir wollen mit einem niedersächsischen Förderprogramm verschiedene Projekte in den Kommunen fördern, um digitale Medien für ältere Menschen verständlich und zugänglich zu machen. Dazu zählen für uns Digital-Cafés, bei denen junge Menschen ältere Mitmenschen beim Umgang mit digitalen Geräten und Diensten unterstützen, sowie Vor-Ort-Sprechstunden und Telefon-Helpdesks, die Seniorinnen und Senioren bei Fragen zum Umgang mit digitalen Geräten kostenlos in Anspruch nehmen können. Außerdem sollen Beratungs- und Unterstützungsprojekte ältere Menschen auf ihren Wunsch hin auch zu Hause oder in Senioren- und Pflegeheimen besuchen. Dabei sind ebenso niedrigschwellige Formate wichtig, die den älteren Menschen einen einfachen ersten Kontakt mit dem Internet ermöglichen, damit Seniorinnen und Senioren sich selbst eine Meinung bilden und informiert für bzw. gegen den Gebrauch digitaler Medien entscheiden können. Bei der Umsetzung solcher Projekte sollen die Landkreise, Städte und Gemeinden besonders mit der lokalen Zivilgesellschaft zusammenarbeiten und Vereine oder Seniorenbeiräte mit ihrer Expertise einbinden.

Digitale Verwaltung in Niedersachsen

Grundsätzlich fordern wir Freie Demokraten eine moderne staatliche Verwaltung und bürgerfreundliche Dienstleistungen und sehen in

der Digitalisierung einen wichtigen Beitrag dazu. Bei digitalen Dienstleistungen muss allerdings darauf geachtet werden, die Angebote auch im Digitalen barrierefrei zu gestalten und in dem Sinne die Situation älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger mitzudenken. Staatliche Verwaltungen könnten zu dem Zwecke Seniorenbeiräte bei der Gestaltung digitaler Dienstleistungen einbeziehen und das Feedback der Anwenderinnen und Anwender auswerten.

Wir sehen den Staat dazu verpflichtet, den Zugang zu staatlichen Leistungen auch immer analog zu gewährleisten und sicherzustellen, dass die analoge Antragsstellung nicht gegenüber der digitalen benachteiligt wird. Es kann nämlich gute Gründe geben, die einer digitalen Beantragung entgegenstehen und die eine moderne Verwaltung in ihrem Handeln aufgreifen muss. Der analoge Zugang kann sowohl schriftlich in Papierform als auch mit einem persönlichen Gespräch umgesetzt werden, bei dem eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter der Verwaltung den digitalen Arbeitsvorgang in der Behörde im Auftrag und in Anwesenheit der älteren Person als Service durchführt.



Die Vorstellung des Antrages übernahmen Helge Gülzau von den Jungen Liberalen und Jutta Heynold für uns Liberale Senioren auf dem Landesparteitag 2022 der FDP Niedersachsen.

Paradigmenwechsel in der Sicherheitspolitik – Wer soll das bezahlen?

Von Jürgen Lang, KV Hannover

Der Ausbruch des Ukrainekrieges war ein Ereignis, das die meisten politischen Akteure und wohl auch die meisten von uns überrascht hat. Auf einmal ist klar geworden, dass wechselnde Bundesregierungen über Jahrzehnte elementare klassische Staatsaufgaben wie die Landesverteidigung und den Zivilschutz sträflich vernachlässigt haben. Auch wurde die Energieversorgung unseres Landes viel zu stark von Russland abhängig gemacht.

Wenn man der Tragödie, die sich derzeit in der Ukraine abspielt einen positiven Aspekt abgewinnen kann, dann den, dass plötzlich unsere Koalitionäre SPD und Grüne eingesehen haben, dass Demokratie und Menschenrechte nur langfristig Bestand haben, wenn auch ein angemessener Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung geleistet wird. So gesehen ist es ein bemerkenswerter Vorgang, dass alle drei Regierungsparteien bereit sind, endlich zwei Prozent des Sozialprodukts für Verteidigung auszugeben und darüber hinaus 100 Milliarden Euro für das Aufarbeiten der Ausrüstungsdefizite der Bundeswehr bereitzustellen. Grüne und Sozialdemokraten mussten dazu sicherlich über mehr als nur einen politischen Schatten springen.

Wenig überraschend ist hingegen, dass nun auf der linken Seite des politischen Spektrums die üblichen Forderungen nach Reichensteuer, Vermögenssteuer und -abgabe wieder erhoben werden. Obwohl schon jetzt zehn Prozent der Haushalte zirka fünfzig und fünfundzwanzig Prozent zirka fünfundsiebzig Prozent der Einkommensteuer zahlen. Der Staat finanziert sich also wesentlich aus dem Einsatz, dem Fleiß und dem Geschick eines relativ kleinen Teils der Bevölkerung.

Die Mittel für das ‚zwei Prozent Ziel‘ und das ‚Bunderwehr Sondervermögen‘ müssen aber irgendwo her kommen. Was ist also zu tun?

Die FDP hat vor der letzten Bundestagswahl den Wählern versprochen, dass es mit ihr keine Steuererhöhungen geben werde. Diese Position wurde in den Koalitionsverhandlungen mit Partnern, die den Staat als große Umverteilungsmaschine ansehen, auch erfolgreich verteidigt. Insbesondere in Erinnerung an das Wahldesaster von 2013, welches sich aus den Wahlversprechen von 2009 und dem darauf folgenden Regierungshandeln ergeben hat, darf die Ablehnung von Steuererhöhungen durch die FDP auch jetzt nicht leichtfertig aufgegeben werden. Daher müssen die Mittel für die bitter notwendige Aufstockung der Verteidigungsausgaben primär aus dem Zusammenstreichen der vielfältigen Subventionen und der gegenleistungslosen Transferzahlungen erfolgen. Diesen Dschungel staatlicher Leistungen zu lichten, ist ein Thema von dem ich lese und höre seitdem ich mich mit Politik beschäftige und das sind schon deutlich mehr als fünfzig Jahre. Diese Herausforderung ernsthaft anzugehen ist etwas, was die derzeitige Situation verlangt. So gesehen bietet auch die derzeitige Krise eine Chance, die es zu nutzen gilt.

Erst wenn Umschichtungen des Budgets sich nach wirklich ernsthaften Prüfungen und Maßnahmen als nicht ausreichend erweisen sollten, könnte man temporäre Abgabenzuschläge in Betracht ziehen, die dann aber

- nur zur Finanzierung der Bündnis- und Landesverteidigung verwendet werden dürften,
 - klar und eindeutig zeitlich befristet sein müssten - etwa auf zwei Jahre –
 - und nach Ablauf dieser Frist automatisch wegfallen sollten, ohne dass dazu ein weiteres Gesetzgebungsverfahren erforderlich wäre.
- Unter diesen sehr klaren Bedingungen sollten auch Liberale bereit sein, politische Paradigmen für eine beschränkte Zeit außer Kraft zu setzen.